

Vom Mahner zum Politiker

Hans-Olaf Henkels späte Karriere führt ihn nach Brüssel – heute spricht er in Basel

Von Patrick Griesser

Basel. Jetzt also in die Politik. Im Alter von 74 Jahren und mit reichlich Rückenwind ist Hans-Olaf Henkel vergangene Woche ins europäische Parlament in Brüssel eingezogen. Der Hans-Olaf war lange Manager, Professor und Wirtschaftskapitän, heute rudert er für die junge Partei Alternative für Deutschland (AfD). Henkel ist dort die Nummer zwei hinter Parteigründer Bernd Lucke. Sieben Prozent holte die AfD aus dem Stand bei den Wahlen am Sonntag vor einer Woche. Zum Vergleich: Die einstmals stolze FDP landete in Deutschland lediglich bei 3,4 Prozent.

Henkel hat einen Weg hinter sich, der keineswegs schnurgerade auf eine politische Karriere zulief: Als Präsident des Bundes der deutschen Industrie (BDI) war er einer der einflussreichsten Männer in Deutschland. Politische Ambitionen wurden ihm bereits im Anschluss an diese Karriere nachgesagt. Dass es schliesslich doch dazu gekommen ist, hat viel mit der FDP zu tun und noch viel mehr mit dem Euro – den er einst befürwortete und gegen den er heute kämpft.

Hans-Olaf Henkel wurde 1940 in Hamburg als Sohn eines Kaufmanns geboren. Der Vater fiel im Krieg. Hans-Olaf wuchs bei seiner Mutter und den Grosseltern auf. Er besuchte acht Schulen. Nach dem Abschluss folgte eine Lehre als Speditionskaufmann beim Logistiker Kühne&Nagel. Die Matura holte er auf dem zweiten Bildungsweg nach. Das Studium in Betriebswirtschaftslehre und Soziologie absolvierte er an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik. Die erste Stelle trat er 1962 beim Computerhersteller und Beratungsunternehmen IBM an – zu einer Zeit, als die Lochkarte noch als Stand der Technik galt.

Schmetterling «olafhenkeli»

Nach Stationen für IBM in den USA, Asien und Frankreich wurde er 1987 Chef von IBM in Deutschland. Schliesslich leitete er ab 1993 für IBM die Organisationen in Europa, dem Mittleren Osten und Afrika mit damals über 90 000 Mitarbeitern. 1994 verliess Henkel IBM, und Deutschland lernte ihn daraufhin als kritischen Präsidenten des BDI kennen – und vor allem als häufigen Gast in politischen Talkshows am Sonntagabend. Eine Präsenz, die er sich bis heute erhalten hat. Lange wurde er von den Moderatoren nach seinem Abschied vom einflussreichen BDI im Jahr 2000 als Ex-Funktionär angekündigt oder Wirtschaftsexperte, heute ist er der Politiker Henkel.

Zwischenzeitlich von 2001 bis 2005 war Henkel Präsident der wissenschaftlichen Leibniz-Gesellschaft, die in Deutschland hochrangige Institute unterhält. Seitdem trägt auch ein Schmet-



Im Wandel. Eurokritiker Hans-Olaf Henkel hat der Schweiz lange zum EU-Beitritt geraten – heute ist er vorsichtiger. Foto Key

terling seinen Namen. Zum Abschied wurde ein nur auf einer Insel in Indonesien vorkommender Nachtfalter nach ihm benannt. Der Bracca olafhenkeli soll laut Leibniz-Gesellschaft zumindest als Raupe giftig sein. Vögel meiden diese wegen ihrer auffälligen Warntracht.

Henkel selbst hat lange vor der Euro-Rettung gewarnt. Seine Worte finden sich zwischen Buchdeckeln, in Vorträgen machte er sie publik und während der obligatorischen TV-Auftritte. Heute sagt Henkel, dass alle diese Versuche nicht den nötigen Erfolg gebracht hätten. «Aber jetzt mit dieser neuen Partei habe ich einen Hebel gefunden, mit dem ich noch mehr bewegen kann», erzählt er im Gespräch mit der BaZ.

Den Schalter bei ihm umgelegt haben laut Henkel diese Wochen im Mai 2010, als die deutsche FDP gemeinsam mit der CDU zur Euro-Rettung schritt. Völlig falsch sei das gewesen, beteuert Henkel bis heute. Henkel – selbst nie Mitglied – betonte immer seine Nähe zur FDP, doch vor vier Jahren hat diese Partei aus seiner Sicht ihre liberalen Grundsätze verraten.

Aber muss es deshalb wirklich die politische Karriere sein? Henkel könnte in diesen Tagen in seinem Haus in der Normandie sein oder mit seinem Boot auf dem Bodensee segeln. Er könnte den Niedergang der FDP quasi aus dem Liegestuhl heraus verfolgen. «Eigentlich ist es eine logische Konsequenz», sagt Henkel über seinen Entschluss, in die Politik zu wechseln. «Immer wenn ich mit etwas unzufrieden war, habe ich versucht, es selbst zu verbessern.» Da-

für hat Henkel sämtliche Mandate niedergelegt, die im Konflikt mit seiner politischen Tätigkeit stehen könnten. Er war unter anderem Mitglied in den Aufsichtsräten der Bayer AG, bei Ringier, Continental in Hannover und Orange in Paris. Und seither hat er auch einiges an Kritik einstecken müssen.

Die etablierten Parteien werfen der AfD Rechtspopulismus vor. Nicht ohne Grund. Einerseits, weil viele Europaskeptische Parteien diese Züge tragen, wie etwa der Front National in Frankreich. Andererseits weil auch Mitglieder der AfD selbst fremdenfeindliche Sprüche klopfen. «Wir hatten unwichtige Einzelstimmen, die rechtspopulistische Parolen von sich gegeben haben», sagte Henkel jüngst im Deutschlandfunk dazu. Ehemalige Mitglieder der NPD oder der Republikaner würden bei der AfD erst gar nicht aufgenommen. Zugleich habe seine Partei nun mal Mitglieder, die Henkel sich nicht aussuchen würde, wenn er denn könnte, wie er wollte.

Konservative Freunde

Welche politischen Freundschaften die AfD in Brüssel schliesst, wird zeigen, welchen Kurs die Partei tatsächlich einschlägt. Mit dem Niederländer Geert Wilders, der Französin Marine Le Pen oder der österreichischen ÖDP? «Das haben wir immer in Abrede gestellt», so Henkel, der auf eine Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen hofft. Überhaupt fühlt er sich von den etablierten Parteien an den rechten Rand gedrängt. «Nach unserem Wahlerfolg sind die Angriffe der führenden Poli-

ker noch stärker geworden. Am Euro zu rütteln, das gleicht Blasphemie», sagt Henkel. Das sei wie im Mittelalter. «Wir sind die Ketzer.»

Was ist sein Ziel? «Wir wollen mit-helfen, dass Europa nicht in einen zentralistischen Superstaat verwandelt wird. Wir sind für ein Europa souveräner Staaten.» Hauptangriffspunkt ist für Henkel nach wie vor der Euro. Fast gebetsmühlenartig kann er wiederholen, dass die Randstaaten über einen zu starken Euro stöhnen, während Deutschland unter dessen relativer Schwäche leide. Auch heute Abend, wenn er in Basel bei der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft referiert, wird er davon sprechen. Und voll des Lobes für die Schweiz sein: «Sie ist für mich ein gutes Beispiel, dass man anders vorgehen kann. Die Schweizerische Nationalbank hat sich sehr grosse Verdienste um das Land erworben, indem sie den Wechselkurs des Franken zum Euro fixiert hat.»

Nur bei einer Gewissheit ist der Politiker Hans-Olaf Henkel ins Grübeln gekommen. Bislang hat er stets der Schweiz zum EU-Beitritt geraten. Damit ist er nun vorsichtiger geworden: «Wenn die in Brüssel so weitermachen, dann ist ein EU-Beitritt der Schweiz doch keine gute Idee mehr», sagt Henkel, dann meint er: «Doch mit der Schweiz würde sicherlich einiges anders laufen in Brüssel.»

Hans-Olaf Henkel spricht heute Abend auf Einladung der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel um 18.15 Uhr in der Aula der Universität Basel (Petersplatz 1).

Novartis ernennt Chef für Sparte Krebsmittel

Bruno Strigini kommt von Merck

Basel. Novartis hat einen neuen Leiter für sein Krebsmittelgeschäft gefunden. Der Basler Konzern hat Bruno Strigini vom Konkurrenten Merck & Co. abgeworben. Strigini übernehme die Position per sofort, teilte Novartis gestern mit. Sein Vorgänger Hervé Hoppenot hatte das Unternehmen im Januar überraschend verlassen. Seither leitete Alessandro Riva den Bereich interimistisch.

Im Geschäft mit Krebsmitteln hat Novartis Grosses vor. Im April hatte der Konzern die Onkologie-Division der britischen GlaxoSmithKline für zunächst 14,5 Milliarden Dollar übernommen. Weitere 1,5 Milliarden werden fällig, wenn gewisse Meilensteine erreicht werden. Das neue Geschäft hinzuge-rechnet, macht die Sparte bei Novartis 12,8 Milliarden Dollar Umsatz pro Jahr. Strigini hat in Frankreich und Grossbritannien studiert und hält zudem einen MBA des Management-Instituts in Lausanne (IMD). SDA

Diese Woche

02.06. Montag

- > Jahresergebnis der Beteiligungsgesellschaft Aegis
- > Konjunkturausblick des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse
- > Einkaufsmanager-Index (PMI) für Mai
- > Die EU-Kommission bewertet die Budgetpläne der Mitgliedsstaaten

03.06. Dienstag

- > Mitgliederversammlung der Handelskammer Deutschland Schweiz
- > Jahresergebnis des Küchenherstellers Franke
- > Inflation in der Euro-Zone im Mai

04.06. Mittwoch

- > E-Commerce-Report der Fachhochschule Nordwestschweiz
- > Consensus Forecast der ETH-Konjunkturforschungsstelle KOF
- > US-Notenbank Fed mit Konjunkturbericht (Beige Book)
- > Bericht der EU zu acht EU-Staaten, die den Euro einführen wollen

05.06. Donnerstag

- > Jahresabschluss 2013 des Naturkosmetikherstellers Weleda
- > Swiss Economic Forum (bis 6. Juni)
- > Produktions-, Auftrags- und Umsatzstatistik des Baugewerbes im 1. Quartal
- > Beherbergungsstatistik April und Wintersaison 2014
- > EZB-Ratssitzung

06.06. Freitag

- > Bilanz des Verbandes Swiss Plastic
- > Index der Konsumentenpreise Mai
- > Produktions-, Auftrags- und Umsatzstatistik der Industrie 1. Quartal
- > US-Arbeitslosenstatistik

ANZEIGE

in-tuition
Fördern nach Fähigkeiten

Ferienprogramm
Learn All You Can - Lernwochen
Jetzt anmelden.

Bessere Noten.

- Nachhilfe
- Prüfungsvorbereitung
- Individuelle Schulprogramme
- Hausaufgaben-Betreuung
- Ferienprogramm

Telefon 061 260 20 25 www.in-tuition.ch

Sorgen wegen der Hypotheken

Bundesrat plant Eingriff

Bern. Zur Bekämpfung einer möglichen Immobilienblase könnten die Anforderungen für Hypotheken weiter steigen. Das meldete die Zeitung Schweiz am Sonntag. Zur Debatte steht demnach, dass Banken in einer Selbstregulierung von Immobilienbesitzern die Rückzahlung eines Drittels des Kredites in 15 statt 20 Jahren verlangen.

Zudem stelle eine Arbeitsgruppe in der Bundesverwaltung im Auftrag des Bundesrates eine Auslegeordnung kurzfristig wirksamer Massnahmen zusammen, wie es hiess. Problematisch sei, dass bei neuen Krediten häufig die gängigen Faustregeln zum Verhältnis von Einkommen und Kreditkosten nicht eingehalten würden. Deshalb könnte der Bundesrat die Massnahmen verschärfen, die er bereits ergriffen hat, um den erhitzten Immobilienmarkt abzukühlen. SDA

Griechen benötigen mehr Hilfe

Deutscher Finanzminister rechnet mit weniger als zehn Milliarden Euro

Berlin. Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble schliesst ein drittes Hilfspaket für das hochverschuldete Griechenland nicht aus. Er rechnet jedoch damit, dass dieses ein Volumen von weniger als zehn Milliarden Euro hätte. Die Verschuldung Griechenlands werde nach Prognosen der Troika, einer Gruppe von Wirtschaftsprüfern aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), erst 2022 ein tragfähiges Niveau erreichen, sagte Schäuble dem Magazin Focus. «Deshalb kann es sein, dass Griechenland noch einmal begrenzte Hilfe in Anspruch nehmen muss», sagte er.

Doch der deutsche Finanzminister gibt schon gleich Entwarnung: In diesem Fall ginge es aber um eine «deutlich niedrigere Summe als bei den ersten beiden Programmen – also eher um einen einstelligen Milliardenbetrag», sagte der CDU-Politiker. Griechenland

wurde von den anderen Euro-Staaten und dem Internationalen Währungsfonds mit zwei Rettungspaketen im Volumen von insgesamt 237 Milliarden Euro vor einer Staatspleite bewahrt. Zuletzt gelang auch die geordnete Rückkehr an die Finanzmärkte.

Nur unter Auflagen

Schäuble unterstrich in dem Interview, Voraussetzung für weitere Hilfen für das südosteuropäische Land sei, dass es weiterhin die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank erfülle. «Das griechische Volk muss durch diesen Reformprozess durch, wenn das Land im Euro bleiben will», sagte er.

Auch Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem hatte zuletzt angedeutet, dass es ein drittes Programm geben werde. Zwar sei Griechenland bestrebt,

ohne weiteres Hilfspaket auszukommen. Allerdings sei es noch zu früh, zu sagen, ob dies möglich sein werde, erklärte der niederländische Finanzminister. Die griechische Regierung verhandelt derzeit um Erleichterungen bei der Rückzahlung der internationalen Hilfskredite. Diskutiert werden beispielsweise eine Verlängerung der Laufzeiten oder auch Zinssatzsenkungen.

Zugeständnisse beim Euro-Stabilitätspakt im Zuge der Entscheidung über die künftigen Spitzenposten in der Europäischen Union lehnte Schäuble unterdessen strikt ab. «Das dürfen wir nicht miteinander verknüpfen», warnte er vor einem politischen Kuhhandel.

Die Regeln in der Europäischen Union müssten eingehalten werden. «Sonst verspielen wir jegliches Vertrauen. Regeln machen nur Sinn, wenn sie unabhängig von den agierenden Politikern Bestand haben», sagte Schäuble. SDA